

BLICKWINKEL

JU
JUNGE UNION
Stormarn

Das Mitgliedermagazin der JUNGEN UNION Stormarn



WARUM MERKEL?

WARUM CDU?

DIE KANDIDATEN



6



10



8

weg
weiser

ATOMKRAFT?

INTERVIEW:
RAINER WIEGARD

SCHULDENBREMSE



ALTER HASE ÜBER DIE JU	14
LANDTAGSKANDIDATEN	19
DARUM AUCH NICHT FDP	26

SCHULDENBREMSE	28
ICH KANN KANZLER	34
KURZBIOGRAPHIE MERKEL	32
AUSGESPERRT	33

W E R K B E R I C H T

Ein Hoch auf die „Dreißig-Tage-Testversion“ von Adobe, eingefleischter Pagemaker der ich war und bin, hat so auch den Sprung ins Jahr 2008 gemeistert. Diese, damit endstandene, dritte Ausgabe hat zwei gewichtig Schwerpunkte, und letzterer bereitete einiges Kopfzerbrechen. Natürlich war und ist dieser Blickwinkel als Wahlkampfausgabe ausgelegt, so ist der Fokus auf unsere liebe Frau Kanzlerin nicht weiter verwunderlich, doch kam just in der Layoutendphase die folgenreiche Entscheidung Peter Harry Carstensen hinzu und so spaltete sich die Thematik auch noch auf den Landeswahlkampf auf. Auch in anderer Hinsicht ist dieses Magazin, zweigeteilt, das Layout entstand Wochen vor der Eingliederung der Texte und beide Phasen unterliegend der Aufsicht einem von uns zwei Redakteuren.

Z U M T I T E L

Die Bildaussage ist einleuchtend wie kaum eine Andere in unseren Tagen, daher erdreisteten wir uns auch, diese kommentarlos einfach auf geschätzten Leser wirken zu lassen.

Unserer besonderer Dank gilt denjenigen die entscheidend für das Erscheinen dieses Blickwinkels beitrugen, Alexander Schröter, Christopher Voigt, Patrick Ziebke und dem geschätzten Wikimeida User Aleph, von welchem das Porträt der Kanzlerin stammt.

L A G E D E R N A T I O N

Die Diskussion über Verbote von Computerspielen und Internetsperren ist in vollem Gange. Die Thematik betrifft vor allem die junge Generation, deren Leben selbstverständlicher denn je von den Neuen Medien geprägt ist. Die Junge Union Deutschlands nimmt ihre Befürchtungen vor einer Eingrenzung ihrer Freiheit deshalb sehr ernst. Zuletzt hat sich die Innenministerkonferenz der Länder Anfang Juni 2009 auf ein Herstellungs- und Vertriebsverbot von Killerspielen verständigt. Diese pauschale Verbotsdiskussion lehnen wir ab. Die Wissenschaft hat bis heute keinen Beweis erbracht, dass zwischen dem Gebrauch von Computerspielen und exzessiven Gewaltausbrüchen ein Zusammenhang besteht.

Euere Blickwinkelredakteure Hubertus und Johan

WWW.MEINEUNION.DE

Meine-union.de ist eine Initiative internetaffiner CDU-Mitglieder, die der Meinung sind, dass die CDU in Bezug auf das Internet und neue Medien eine deutliche Erneuerung braucht.

Inhaltliche Erneuerung

Die Schwierigkeiten bei der Vermittlung des Zugangserschwerungsgesetzes (auch innerhalb der Union), die Forderungen nach Verboten von so genannten „Killerspielen“ oder die Ideen zur Einführung weiterer Leistungsschutzrechte zur Unterstützung von Medienunternehmen mit nicht mehr zeitgemäßen Businessmodellen machen deutlich, wie sehr die CDU von einer zeitgemäßen Medienpolitik entfernt ist.

Gleichzeitig will meine-union.de eine Plattform bieten, auf der neue Ideen zur Medienpolitik der Union diskutiert werden können. Alle Ideen zu diesem Themenkomplex sollen von Mitgliedern der Unionsfamilie und interessierten Bürgern diskutiert werden können.

Strategische Erneuerung

Politik lässt sich mit Hilfe des Internets ganz anders ge-

stalten. Daran glauben die Initiatoren (auch aus Stormarn) fest. Neben neuen Möglichkeiten zur Diskussion von Programmen wollen wir die Möglichkeiten des Internets zur Kommunikation aufzeigen und der Union die Notwendigkeit der Nutzung dieser Möglichkeiten deutlich machen.

Personelle Erneuerung

Der Union fehlen (wie den anderen Parteien auch) etablierte Köpfe, die sich für die Online-Themen stark machen. Wir wollen Politikern inhaltlich helfen, die diesen Bereich für sich als Tätigkeitsfeld erkennen. Das Interesse der Autoren ist nicht sich selbst dafür zu empfehlen, sondern interessierte Politiker zu unterstützen und ihnen einen Wissenspool zu bieten.

Uns ist wichtig, dass in Zukunft das Thema Internet nicht mehr zur Profilierung mit populistischen Parolen genutzt wird, sondern die Möglichkeiten und die Notwendigkeit einer guten Online-Politik in Bezug auf Inhalte und Strategien erkannt und genutzt werden.

*Joban von Hülsen
Mitinitiator von meine-union.de*



Ihr Geld ;-) Unser Job

Jan Kellenbenz
Direktionsmanager

Friedrich-Ebert-Straße 3b
23858 Reinfeld
Telefon 0 45 33 - 20 67 70
Fax 0 45 33 - 20 67 66
jan.kellenbenz@confima.de
www.confima.de

Vorsorge- und Finanzberatung für den privaten Haushalt

? WARUM

Ein Porträt der ersten, alten und

Wie aus einer unbekanntem Frau aus Ostdeutschland die beliebteste Politikerin Deutschlands werden konnte und warum sie unsere Stimme für vier weitere Jahre bekommen sollte.

Ich kann mich noch gut an meine erste Veranstaltung mit Angela Merkel erinnern. Es war irgendwann in der Vorbereitungsphase des letzten Landtagswahlkampfes, Anfang 2005 oder Ende 2004. Damals war sie „bloß“ CDU Partei- und Fraktionsvorsitzende und es deutete noch nichts darauf hin, dass sie ein paar Monate später zur ersten Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland gewählt werden würde.

von breiter Skepsis

Große Reden liegen ihr nicht – kein Vergleich mit einem Gerhard Schröder oder einem Roland Koch. Eine begeisternde Rednerin war (und ist) Angela Merkel nicht. Inhaltlich war sie für mich damals noch ein weitgehend unbeschriebenes Blatt.

Kurz gesagt – Merkel als Bundeskanzlerin sah ich skeptisch. Was hatte sie denn schon Großes geleistet? Ministerpräsidentin eines Bundeslandes, an dem man ihre Arbeit in der Exekutive hätte beurteilen können, war sie ja nicht. Emotional hatte sie mich eigentlich überhaupt nicht angesprochen – und ich bin sicher, dass es

der Mehrzahl der Deutschen genauso ging.

zur beliebtesten Politikerin



Warum also denke ich darüber heute anders? Warum würden bei einer Direktwahl des Bundeskanzlers nicht nur 90% der Anhänger von CDU/CSU für Merkel stimmen, sondern auch fast 60% der Wähler von Bündnis 90/Die Grünen (ARD Deutschlandtrend 08/09)?

Die Veranstaltung sollte meine Meinung ändern.. Die Zuhörerschaft kleiner als sonst, Merkel konnte also auf Fragen der Zuhörer eingehen. Nach ein paar Minuten stellte ich fest: Die Frau ist weder dröge noch langweilig – dafür aber blitzgescheit. Der Gedanke, sie zur Kanzlerin zu wählen, fiel plötzlich sehr viel leichter.

Ging es Deutschland vielleicht wie mir? Haben wir sie vielleicht einfach alle etwas besser kennengelernt, diese Frau aus Ostdeutschland? Sie hat mich in den letzten

MERKEL?

auch neuen Kanzlerin Deutschlands

Jahren nicht enttäuscht.

Authentisch, ehrlich, mit Weitblick – Angela Merkel

Klare Kante. Deutliche Worte zu George W. Bush zu Guantanamo. Den Makel Tschetschenien auf der weißen Weste des „lupenreinen Demokraten“ Wladimir Putin bemerkt und thematisiert. Das Treffen mit dem Dalai Lama trotz massiven chinesischen Drucks... Bei Angela Merkel sind politische Überzeugungen nicht einfach nur Lippenbekenntnisse.

Mut zu unpopulären Entscheidungen

Renten. Klingt langweilig. Ist ziemlich weit weg. Braucht uns nicht zu interessieren? Sollte es. Schließlich sieht es ganz danach aus, als ob wir in eine Versicherung einzahlen werden müssen, aus der wir selbst fast nichts wieder herauskriegen werden. Woran liegt das? Weniger Kinder, aber die Leute werden immer älter. Die Lebenserwartung ist seit Kaisers Zeit drastisch angestiegen. Die Lebensarbeitszeit nicht. Das Rentenalter auf 67 Jahre zu erhöhen ist daher ein richtiger Schritt. Unpopulär aber auch. Richtig aber trotzdem. Diese Art von Kritik aushalten zu können ist wichtig. Angela Merkel hat bewiesen, dass sie es kann.

Auch bei der anderen großen Herausforderung ist Mut zu unpopulären Entscheidungen gefragt: Die Staatsverschuldung ist exorbitant hoch (mehr als anderthalb Billionen Euro). Im Interesse unserer Generation liegt dementsprechend, dass die Sanierung des Haushalts fortgesetzt wird.

Große Herausforderungen liegen vor uns. Die Wirtschaftskrise ist noch nicht überwunden. Gesundheits- und Rentensystem müssen zukunftssicher gemacht werden. Die öffentlichen Haushalte müssen ausgeglichen, Schulden abgebaut werden. Angela Merkel hat

in den letzten Jahren bewiesen, dass wir ihr unser Land anvertrauen können. Deswegen werde ich mich dafür einsetzen, dass Angela Merkel am 27. September das Mandat für weitere vier Jahre erhält. Meine Stimme hat sie!



Christopher Voigt

Christopher Voigt ist Kreisvorsitzender der JUNGEN UNION Stormarn. Der 24jährige engagiert sich seit 2004 in der Jungen Union und studiert im elften Semester Medizin in Lübeck.



Mark-Oliver Potzahr ist Ehrenvorsitzender der JU Stormarn und Landtagskandidat im Wahlkreis 34. Mehr über MO erfährst Du in seiner Kandidatenvorstellung auf Seite 21.

Rechts auf dem Bild: Bundestagskandidat Norbert Brackmann (Vorstellung auf Seite 12)

Wege aus der Wirtschaftskrise - nur mit der CDU.

Deutschland steckt in der schwersten wirtschaftlichen Krise seit Jahrhunderten. Die CDU war immer Garant für wirtschaftlichen Aufschwung. Dafür, dass die Wahl der CDU eine gute Ausgangsbasis für den Weg aus der Krise ist, sprechen drei Faktoren:

Mut zu Investitionen in Infrastruktur - gerade erneut bewiesen am Beispiel der Fehmarn-Belt-Querung. Nähe zur Wirtschaft - häufig auch als Argument gegen die Partei ins Feld geführt. Aber nur diese Nähe führt zu richtigen Entscheidungen, die Wirtschaftswachstum begünstigen und Arbeitsplätze schaffen und sichern.

Soziale Marktwirtschaft - mag einem das rein marktwirtschaftliche Profil der FDP manchmal sehr sympathisch erscheinen, so hat die CDU als Volkspartei auch einen Blick auf Arbeitsbedingungen und Einkommen der Beschäftigten.

Psychologie - eine CDU Regierung schafft bei Wirtschaft und Investoren Vertrauen. Dieses haben vorangegangene Wahlen auch in Schleswig-Holstein gezeigt.

Solidere Finanzpolitik - nur mit der CDU.

Bereits in den letzten Jahren wurden nach Jahrzehnten sozialdemokratischer Schuldenpolitik endlich wieder erste Strukturentscheidungen zur Haushaltskonsolidierung getroffen.

Vor der Wirtschaftskrise wurden erstmals seit Jahren wieder verfassungsgemäße Haushalte verabschiedet. Das reicht alles bei weitem nicht aus, insbesondere

Diese Frage ist keine rhetorische, sondern eine oft gestellte. Große Koalitionen aus CDU und SPD im Bund wie in Schleswig-Holstein haben Spuren im Profil auch bei der CDU hinterlassen.

Dennoch gibt es wichtige inhaltliche Punkte, die deutlich machen, dass die CDU möglichst stark werden muss, damit es Schleswig-Holstein und den Menschen in diesem Land besser geht.

WARUM

Neue Landtagswahlen, was nun, nach

wenn man sich allein die Risiken bei der HSH Nordbank verdeutlicht. Immerhin war es die CDU, die immer wieder neue Vorschläge zum Sparen erarbeitet hat. Auch jetzt verzichtet die CDU auf das Versprechen neuer Wohltaten. Gerade für die jüngere Generation ist es zentral, dass jetzt die Weichen richtig gestellt werden - schließlich muss sie in den nächsten Jahren die Zinsen für die Schuldenpolitik der letzten Jahrzehnte zahlen.

Leistungsorientierte Bildungspolitik - nur mit der CDU.

Die SPD will langfristig die Gymnasien abschaffen und alleine auf Gleichmacherei in der Gemeinschaftsschule setzen. Nach über 20 Jahren sozialdemokratischer Bildungspolitik in Schleswig-Holstein ist dieses Land in Vergleichsstudien leider meist im unteren Drittel der Länder angesiedelt.

Während südliche und östliche Länder unter CDU-Führung und ohne die Einführung neuer Schulformen gute Ergebnisse erzielen, ist Schleswig-Holstein mit einem Feldversuch am lebenden Objekt gestartet, der die Fehler der Gesamtschulideologie noch einmal in neuem Gewand wiederholt.

In den nächsten Jahren geht es aber weniger um die Debatte über Schulformen, sondern vielmehr um die Qualität der jetzt bestehenden Schulen. Weniger Ideologie, mehr praktische Fortschritte und ein besserer Umgang mit den an Schule Beteiligten. Das will die CDU.

Generationenpolitik - dafür steht die CDU.

Die CDU hat sich vorgenommen, Schleswig-Holstein zum familienfreundlichsten Bundesland weiterzuentwickeln.

Kinderfreundlichkeit ist dabei das erste zentrale Anliegen. Dafür wurde auf Initiative der CDU mit dem Kinder-

schutzgesetz und dem beitragsfreien letzten Kindergartenjahr bereits viel getan. Dieses wird fortgesetzt, ohne allerdings durch nicht verantwortbare Ausgabenpolitik auf dem anderen Ende gleich zukünftige Generationen mit Schulden zu belasten. Vor lauter Kinderbetreuung dürfen die Interessen der Jugendlichen nicht vernachlässigt werden.

Ministerpräsident Peter Harry Carstensen.

Ein weiteres wichtiges Argument für die CDU ist Ministerpräsident Peter Harry Carstensen.

Er mag das Land und die Menschen. Eine wichtige Voraussetzung, um die Weichen für eine erfolgreiche Zukunft zu gestalten.

Und nun zum letzten Argument für die CDU: Ralf Stegner. SPD Spitzenkandidat Stegner steht für die Schuldenpolitik der letzten Jahrzehnte und deren Fortsetzung. Er war Finanzminister unter Heide Simonis und polemisiert noch heute gegen Spar- und Konsolidierungsbemühungen.

Stegner steht für die Option auf ein Linksbündnis mit der Linkspartei - zumindest hat er bei Ypsilanti gelernt und schließt dieses vor der Wahl nicht mehr aus. Stegner steht für einen Konfrontationskurs - in seiner Zeit als Innenminister gelang es ihm, beinahe die gesamte kommunale Familie gegen sich aufzubringen.

Schleswig-Holstein braucht Stabilität.

Deswegen brauchen wir eine neue Mehrheit. Deswegen muss die Zeit großkoalitionärer, meist fauler Kompromisse vorbei sein.

C D U ?

r o t e r S t a g n a t i o n a l l e s b e s s e r w i r d

UNSERE KANDIDATEN

Wer sind sie, die ominösen Drei, Musketiere oder doch eher Hebels Diebe?
Ein kurzer Aufriss ihrer Persönlichkeiten soll Klarheit bringen.

Vorwort Bundestagswahl:

Auf den folgenden Seite stellen sich die Stormarner Direktkandidaten der CDU für die Bundestagswahl am 27. September vor. Direktkandidaten sind die Personen die Du mit Deiner Erststimme direkt in den deutschen Bundestag wählen kannst. Über die Direktwahl kommt nur der Kandidat in den Bundestag der im Wahlkreis am meisten Erststimmen erhalten hat (Mehrheitswahl).

Im Kreis Stormarn hat die CDU mit Norbert Brackmann, Ingo Gädechens und Gero Storjohann drei Kandidaten aufgestellt, da unser Kreis seine Bundestagswahlkreise mit den Nachbarkreisen teilt. Dementsprechend steht, je nachdem wo Du wohnst, ein anderer Kandidat auf dem Stimmzettel.

Gero Storjohann vertritt den Wahlkreis 8 (Segeberg/Stormarn Nord) im Deutschen Bundestag. Dazu gehören bei uns die Gemeinden Ammersbek, Bargtheide, Bad Oldesloe und Tangstedt, sowie die Ämter Oldesloe Land und Bargtheide Land.

Nur ein kleiner Teil des Wahlkreises 9 (Ostholstein) gehört zum Kreis Stormarn: Reinfeld und das Amt Nordstormarn. Kandidat der CDU ist Ingo Gädechens.

Norbert Brackmann kandidiert im Wahlkreis 10 (Herzogtum Lauenburg/Stormarn-Süd), der auf unserer Seite die Gemeinden Ahrensburg, Barsbüttel, Glinde, Großhansdorf, Oststeinbek und Reinbek umfasst. Darüber hinaus gehören noch die Ämter Siek und Trittau zu diesem, den größten Teil des Kreises Stormarn umfassenden, Wahlkreis.

Ich finde, dass die CDU hervorragende Kandidaten aufgestellt hat – aber ich lasse sie einfach mal selbst zu Wort kommen:



teAM
DEUTSCHLAND

Das teAM Deutschland ist die Unterstützerkampagne von Angela Merkel.
Mehr dazu auf Seite 34.

GERO STORJOHANN

Gero Storjohann setzt sich im Deutschen Bundestag für unsere Region ein – als stellvertretender Vorsitzender des Petitionsausschusses ebenso wie als Mitglied im Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung.

Stellvertretender Vorsitzender des Petitionsausschusses

Als Verantwortlicher ist Gero Storjohann Ansprechpartner für alle Bürger, die auf Missstände und Einzelschicksale aufmerksam machen wollen. So erfährt er aus erster Hand, wie sich Gesetze auswirken, und kann im Umgang zum Beispiel mit Behörden Hilfestellung geben.

Infrastruktur in guten Händen

Im Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung ist Gero Storjohann ein Garant, dass der Bedarf Schleswig-Holsteins an einer leistungsfähigen Infrastruktur auch bundesweit auf der Tagesordnung bleibt. Der Ausbau der A7, A20 und A21 sowie der Bau der festen Fehmarnbeltquerung sind Projekte, die er weiter voranbringt. Gerade die Fehmarnbeltquerung wird die Kreise Segeberg und Stormarn als Standorte zwischen den Metropolen Kopenhagen/Malmö und Hamburg noch attraktiver machen.

Experte für Verkehrssicherheit

Er ist darüber hinaus Sprecher der CDU/CSU-Fraktion für Verkehrssicherheit. Fahren mit Licht am Tag, „Führerschein mit 17“, Alkoholverbot für Fahranfänger, „Feuerwehr-Führerschein“ für ehrenamtliche Rettungskräfte – alles Themen, die Gero Storjohann kraftvoll angepackt hat.

Sprecher für Wohn- und Bauförderung

Er hat sich erfolgreich für ein höheres Wohngeld eingesetzt. Beim Beschluss zur Eigenheimrente hat er dafür gesorgt, dass die Förderung der Wohnimmobilie in die Altersvorsorge einfließen konnte.



Gero Storjohann ist 51 Jahre alt. Er wohnt mit seiner Ehefrau Maren und seinen drei Söhnen Philipp, Alexander und Ferdinand in Seth. Gero Storjohann ist Diplom-Betriebswirt. Langjährige kommunalpolitische Erfahrungen hat er als Gemeindevertreter und Mitglied des Kreistags gewonnen. Von 1994 bis 2002 war er zudem Mitglied des Schleswig-Holsteinischen Landtags, seit 1997 ist er CDU-Kreisvorsitzender im Kreis Segeberg.

Im Bundestag ist Gero Storjohann seit 2002.

N o r b e r t B r a c k m a n n



Liebe Leser des Blickwinkel,

auf bisher über 70 Veranstaltungen im Wahlkreis war ich bereits. Mindestens ebenso viele liegen noch vor mir. So werde ich am 08. September im Gymnasium Trittau und am 16. September in mehreren Schulen in Ahrensburg sein. Auch viele Wochenmarktstände, Firmenbesuche und Vieles mehr werden aber wohl leider nicht dazu führen, dass ich alle ca. 233.000 Wahlberechtigten oder auch nur die Jugendlichen darunter persönlich treffen kann. Deshalb möchte ich mich hier kurz vorstellen.

In einer Wahlkreismitgliederversammlung hat mich die CDU mit einem eindrucksvollen Ergebnis (97% Ja-Stimmen) zu ihrem Kandidaten für die Bundestagswahl aufgestellt. Diese Nominierung ist für mich ein Vertrauensbeweis und eine Verpflichtung zugleich. Denn ich möchte, dass unsere Region wieder einen starken und würdigen Vertreter in Berlin hat, der sich um ihre Belange aktiv kümmert.

Nach dem Abitur 1973 in Ratzeburg habe ich meiner Wehrdienstzeit in Lanken und Aachen als Zeitsoldat absolviert. In regelmäßigen Wehrübungen habe ich es bis zu dem Dienstgrad Hauptmann d.R. gebracht.

Studiert habe ich ab 1975 in Kiel. Die juristische Ausbildung habe ich 1982 mit dem 2. Staatsexamen abgeschlossen und im selben Jahr meine Tätigkeit im NDR als Referent des damaligen Programmdirektors Hörfunk begonnen. Bereits mit 27 Jahren wurde ich Abteilungsleiter Sendeleitung Hörfunk und damit für alle Querschnittsaufgaben in den Hörfunkprogrammen zuständig.

Heute ist das Internet meine berufliche Heimat. Als Programmbereichsleiter (Hauptabteilungsleiter) bin ich mit der Erstellung aller Online – Angebote des NDR, des Videotextes für das NDR Fernsehen, der Federführung für die ARD Gemeinschaftseinrichtung tagesschau.de und die interne Bürokommunikation (Intranet) betraut.

Seit 1978 kümmere ich mich als Kreistagsabgeordneter im Herzogtum Lauenburg aktiv um die Sorgen aller Mitmenschen. Mehrere Wahlperioden habe ich die Fraktion geführt und war von 1990 bis 1994 Kreispräsident. Mit der Berufung zum stv. Vorsitzenden der Enquete-Kommission kommunale Verfassungsreform des Schleswig-Holsteinischen Landtages durfte ich mich 1992 auch auf Landesebene einbringen. In Anerkennung meiner besonderen Verdienste um die kommunale Selbstverwaltung ist mir 1993 vom Innenminister des Landes Schleswig-Holstein die „Freiherr vom Stein Medaille“, die höchste Auszeichnung des Landes Schleswig-Holstein, die Kommunalpolitiker erreichen können, verliehen worden.

Am 24. Juli konnte ich auf 22 Jahre glückliche Ehe zurückblicken. Über unsere beiden Söhne Hendrik (20) und Thorben (18) bleibe ich an den Themen der Jugend dran. Natürlich (!) sind beide politisch aktiv. Beide werden mich auch im Wahlkampf engagiert unterstützen: Und das ganz freiwillig! Die beiden Jugendlichen, die mich am Besten kennen, habe ich also bereits überzeugt. Das sind aber zu wenige. Deshalb werbe ich um Ihr Vertrauen!

Ihr Norbert Brackmann

Ingo Gädechens

Liebe JU'ler – Freunde und Wahlkämpfer,

am 27. September entscheidet sich, wer als direkt gewählter Abgeordneter im Deutschen Bundestag die Region Nordstormarn und Ostholstein vertreten darf.

Ich bin ein echter Holsteiner, mittlerweile 49 Jahre alt, bin in Ahrensbök und Niendorf an der Ostsee aufgewachsen. Seit über 20 Jahren lebe ich auf Fehmarn und bin seit 23 Jahren mit meiner Frau Cornelia verheiratet. Die Liebe zur Ostsee führte mich zur Seefahrt. Nach meiner Ausbildung bei der Handels- und Deutschen Marine bin ich Berufssoldat bei der Bundeswehr geworden. Ich bin im Führungsdienst der Marine tätig und war viele Jahre Leiter einer Radarstation in Staberhuk auf Fehmarn. Zurzeit bin ich für die Sicherheit auf See im Bereich des Schießgebietes in der Hohwacher Bucht zuständig.

Langjährige Erfahrung

Als langjähriger Kommunalpolitiker, CDU Kreisvorsitzender und stellvertretender Landrat kenne ich die Sorgen und Probleme der Menschen im Wahlkreis. Für diese Menschen möchte ich arbeiten und mich einsetzen. Ich stehe für pragmatische Lösungen und einen politischen Kurs der Mitte, für die Soziale Marktwirtschaft, für Verlässlichkeit und Vertrauen in unsere Politik.

Wichtiger Eckpunkt meiner Kandidatur ist, die richtigen Rahmenbedingungen für Bildung und Ausbildung der nachfolgenden Generation zu schaffen. Auch setze ich mich für eine Generationengerechtigkeit ein: Der besonders in unserer Region zunehmende Demographische Wandel und die daraus resultierenden Probleme für die jüngere Generation sind ein wichtiges Thema, das ich schon jetzt aktiv begleite.

Chancen nutzen

Ein weiterer Punkt betrifft die richtige Planung der Hinterlandanbindung beim Bau der festen Fehmarnbelt- Querung. Dieses Thema betrifft nicht nur uns, sondern auch kommende Generationen. Meine Devise ist, die Chancen der Querung zu nutzen und die Risiken zu minimieren. Nur mit einer starken Stimme in Berlin können wir auftretenden Problemen und Belastungen,

wie zum Beispiel steigende Güterverkehre, begegnen.

Unsere Gesellschaft braucht eine vernünftige Familienpolitik, in der die Möglichkeit geschaffen wird, Familie, Kind und Beruf zu vereinen. Wir müssen einsehen, dass die Erziehung von Kindern nur ergänzend, aber nicht vollständig von Einrichtungen und Institutionen, wie zum Beispiel Ganztagschulen, übernommen werden kann. Es ist Aufgabe der Politik, Familien, besonders Eltern, zu stärken. Nur so können wir der Überalterung unserer Gesellschaft entgegenzutreten.

Wir haben viel in Deutschland erreicht. Wir sind krisenfester und stehen besser da, als vor vier Jahren. Mit Angela Merkel an der Spitze sind wir für die Zukunft gewappnet. Unser Ziel ist deshalb am 27. September eine bürgerliche Mehrheit, damit Angela Merkel Bundeskanzlerin bleibt.



ERFAHRUNGSBERICHT

Was ist JU Erfahrungsbericht: Was bedeutet Dir die JUNGE UNION? Teil eins der neuen Serie von Matthias Nordmann.

Was ist die Junge Union? Mit dieser Frage hatte ich mich vor meiner ersten Teilnahme an einer Sitzung nie beschäftigt. Klar ich war politisch interessiert, aber ich war eigentlich nur dort weil zwei meiner Freunde nicht alleine hingehen wollten und meine Eltern mich bestärkten mitzugehen. Hatten sie beide sich dort doch auch jahrelang engagiert.

Die erste Sitzung im Bürgerhaus Glinde (Wo wir noch heute unsere Versammlungen abhalten) war für mich ein kleiner Schock! Alles war so ungewohnt, alle anderen so viel älter als ich und meine Freunde. Zwischen 15 und 20 liegen eben manchmal gefühlte 100 Jahre Lebenserfahrung.

Heute bin ich seit nun fast 11 Jahren Mitglied in der Jungen Union und bin eigentlich auf jeder JU Veranstaltung der Älteste oder zumindest nicht weit davon entfernt.

Was habe ich also in dieser langen Zeit erfahren und gelernt über die JU?

Ich will hier keinen mehrseitigen Vortrag über meine Erlebnisse halten, dafür kommt Ihr besser zu einem von mir geleiteten Neumitgliederseminar, und für die ganz interessanten Geschichten müsst Ihr wohl schon auf einer Feier oder einem Stammtisch gutes Sitzfleisch beweisen...denn die erzählt man nicht jedem und schon gar nicht zwischen Tür und Angel.

Doch es gibt etwas was ich über die JU, die Politik und das Leben im Allgemeinen gelernt habe: Es gibt keine einfachen Antworten, alle Themen haben mehrere berechnete Seiten und es gibt viele gute Argumente mit denen sie sich begründen lassen.

Der Anspruch der JU ist es, die Jugendorganisation der einzigen echten Volkspartei in Deutschland zu sein. Dies bedeutet, dass wir alle Strö-

Matthias Nordmann

Matthias Nordmann (27) war unter anderem von 2003-2007 Schatzmeister der JU Stormarn. Heute leitet der Ingenieur die JU Arbeitsgruppe zum Thema Extremismus.

mungen in uns zulassen, an uns binden und durch uns kanalisieren, die es in unserer Gesellschaft gibt, und die auf dem Grundsatz unserer Prinzipien und der der Bundesrepublik stehen.

In meinen Mitgliedsjahren habe ich Leute mit allen möglichen politischen Zielen kennen gelernt, sehr unterschiedliche Charaktere, alleine schon der Kleidungsstil bietet die volle Bandbreite, von Alternativ nachlässig bis pompöser Abendgarderobe, von Ökotrutsche bis Bankschnösel. Bei uns ist eben alles vertreten. Und wer sagt denn auch, dass man nicht beides sein kann, konservativ und progressiv. Ich bin beides, nur eben nicht beim gleichen Thema.

Die Vielfalt ist unsere größte Stärke! Doch stark sind wir nur deswegen, weil wir diese Vielfalt auch überzeugend vertreten können. Wir sind überzeugt von dem was wir tun, auch wenn es unpopulär ist.

Andere Parteien leisten das nicht, sie decken nicht das ganze Spektrum ab (Grüne, oder FDP), sind eh keine demokratischen, staatstragenden Vereinigungen (NPD und DIE LINKE) oder reden den Leuten lieber nach dem Mund, als über das, was das Beste für das Land ist.



Dies ist nach meiner Überzeugung auch der Grund, warum die SPD den Status der Volkspartei verloren hat.

Aber auch wir dürfen uns nicht dem Irrglauben hingeben das Volk wolle nur das hören was nett klingt. Um die Glaubwürdigkeit um unsere Gradlinigkeit müssen wir täglich neu kämpfen.

Doch unsere größte Stärke ist auch das, was am wenigsten Spaß macht. Wir sind die Ernsthafte, die Seriösen, die, die alles bedenken und keine einfachen Antworten parat haben. Deswegen gehen wir vielleicht auch im Wahlkampf zuweilen unter...wir sind eben „zu vernünftig“. Das kann frustrierend sein, besonders wenn man jung ist, da will man eben mal ordentlich auf den Putz hauen. Knallharte Forderungen stellen und es genießen es nicht rechtfertigen, nicht durchrechnen zu müssen.

Da motiviert zu bleiben, besonders über lange Jahre hinweg, ist schwierig. Die JU geht da eigene Wege. Insbesondere die Feiern, Stammtische und privaten Freundschaften lassen uns einen halbpolitischen Raum wo wir mal so richtig Dampf ablassen können.

Das muss so sein, und deswegen solltet Ihr als Neumitglieder auch dieses Angebot annehmen und nicht gering schätzen. „Spaß muss sein, sonst geht keiner auf die Beerdigung“ heißt es doch so schön.

Dieses Dampf ablassen findet man aber auch noch an einer anderen Stelle der politischen Seite der JU. Wie keine andere Jugendorganisation in Deutschland ziehen wir gegen jeden den argumentativen Dampfhammer, der die Demokratie und die Prinzipien unseres Rechtsstaates in Frage stellt oder sie gar be-

kämpft.

Seit Ende des zweiten Weltkrieges ist es zu großen Teilen der CDU und der JU zu verdanken das die Nazis nie wieder politisch Fuß fassen konnten. Wir grenzen uns klar ab, die Parteien des linken Spektrums haben dort klar versagt.

Was ist also die JU? Ein Kompromiss! Aus Ernsthaftigkeit und Spaß, jugendlicher Unbekümmertheit und Professionalität. Dass wir mehr Mitglieder haben als alle anderen politischen Jugendorganisationen zusammen und bei den letzten Kommunalwahlen in Schleswig Holstein die drittgrößte Anzahl an Parlamentariern nach CDU und SPD stellten zeigt eindeutig unseren Erfolg. Wir sind die Stimme der Jugend in Deutschland.

Matthias Nordmann



Rainer Wiegard ist seit 2005 Finanzminister des Landes Schleswig-Holstein. Der 60jährige ist außerdem Kandidat für den Landtag. Die JU hat ihn getroffen.

IM GESPRÄCH MIT RAINER WIEGARD



Herr Finanzminister Rainer Wiegard, welche Situation haben Sie vorgefunden, als Sie vor vier Jahren Ralf Stegner als Finanzminister abgelöst haben?

Rainer Wiegard: Das war schon ein ziemlich erbärmlicher Zustand, den Rot-Grün uns da hinterlassen hat. Statt mit den überdurchschnittlich hohen Steuereinnahmen bis zum Jahr 2000 die jährliche Neuverschuldung zu reduzieren und Vorsorge für einnahmeschwache Jahre zu treffen, wurden jedes Jahr neue Schulden gemacht. Und zusätzlich wurde noch nahezu das gesamte Landesvermögen versilbert. In keinem einzigen Regierungsjahr hat es Rot-Grün geschafft, einen Jahresabschluss vorzulegen, der den Regeln der Verfassung entspricht. Dagegen wurden dringend benötigte Investitionen in unsere Infrastruktur vernachlässigt.

Welche Bemühungen zur Sanierung des Haushalts hat die CDU-geführte Landesregierung eingeleitet?

Rainer Wiegard: Wir haben durch eine konsequente Haushaltspolitik den jährlichen Haushaltsfehlbetrag der rot-grünen Vorgängerregierung von fast 1,7 Mrd. Euro bei Regierungsübernahme im Mai 2005 schon nach einem Jahr halbiert und 2008 auf unter 300 Millionen Euro reduziert. Jeder zusätzlich eingenommene Steuer-Euro wurde zur Senkung der Neuverschuldung verwendet - das hat uns sogar der Landesrechnungshof bestätigt.

Erstmals seit Jahrzehnten deckten 2007 und 2008 die laufenden Einnahmen aus Steuern und Verwaltung die laufenden Ausgaben für Personal und Verwaltung, Investitionen und Zuweisungen. Seit 2006 haben so wir nur noch Kredite aufnehmen müssen, um die Zinsen für diese Altschulden zu bezahlen. Wir haben die konsumtiven Ausgaben ohne Zinsen und Investitionen drastisch eingeschränkt. Sie stiegen in den drei Jahren von 2005 bis 2008 insgesamt nur um 137 Millionen Euro oder zwei Prozent, während sie in den drei Jahren vor 2005 um 544 Millionen Euro oder knapp neun Prozent angestiegen waren.

Parallel zu unserem Konsolidierungskurs haben wir mehr Geld für mehr bessere Bildung, mehr Geld für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und mehr Geld für Investitionen in unsere Infrastruktur ausgegeben. Das soll uns erst einmal jemand nachmachen.

Einer der Gründe für das Platzen der Koalition in SH war der Streit um die Zahlung an den Vorstandsvorsitzenden der HSH Nordbank Prof. Dirk-Jens Nonnenmacher. War die Zahlung notwendig? Wenn ja, warum?

Rainer Wiegard: Seit dem 1. Juli 2009 gilt für alle Vorstandsmitglieder der HSH Nordbank eine Begrenzung des Festgehaltes auf 500.000 Euro gilt. Auch für Herrn Prof. Nonnenmacher.

Er war zum 1. Oktober 2007 als Finanzvorstand gekommen. Im November 2008 brauchte die Bank sehr schnell einen neuen Vorstandsvorsitzenden. Herr Nonnenmacher erklärte sich unter der Bedingung bereit, dass er ein Sonderkündigungsrecht zum 30. Juni 2009 erhält. Das war durchaus verständlich, denn nach der Lehman-Pleite in den USA befand sich die Bank in einer außerordentlich schwierigen Situation. Der Aufsichtsrat stand nun vor der Frage, Herrn Nonnenmacher unter Auszahlung seines Vertrages gehen zu lassen und zu neuen Konditionen einen neuen Vorstandsvorsitzenden zu finden - oder ihn zu halten.

Herr Nonnenmacher setzt nun seinen Vertrag zu reduzierten Bedingungen fort, er erhält ab dem 60. Lebensjahr eine Altersversorgung, die einen Barwert von rd. 1,5 Millionen Euro hat, und für die zurückliegende Phase, in der er bis heute vier Vorstandsressorts gleichzeitig führt, erhält er eine Einmalzahlung von 1,4 Millionen Euro. Das ist sehr viel Geld. Ich hätte mir gewünscht, dass Herr Nonnenmacher auf die Zahlung zum jetzigen Zeitpunkt verzichtet. Doch das war leider nicht zu erreichen.

Um das klarzustellen: Es gab die Alternative, dass er sofort 2,9 Millionen Euro in die Hand bekommt, ein Angebot in London annimmt, und die Bank ohne Vorstandsvorsitzenden und drei weitere vakante Posten dasteht. Das wäre für die HSH Nordbank wesentlich teurer geworden. Das hat auch der ehemalige Innenminister Lothar Hay (SPD) so gesehen, der hierzu ausdrücklich seine Zustimmung erteilt hat. Dass der SPD-Landesvorsitzende dies in der Öffentlichkeit anders darzustellen versucht, ist eine dreiste Wahrheitsverdrehung. Aber dafür ist der Herr ja bekannt.

Wie ist es eigentlich zur Schieflage der HSH Nordbank gekommen?

Rainer Wiegard: Es gibt mehrere Ursachen: Die internationale Finanzmarktkrise, hausgemachte Fehler im Management und nun die allgemeine Wirtschaftskrise. Und jetzt kommen alle drei zusammen.

Nach der Lehman-Pleite in den USA im September 2008 haben sich Banken nicht mehr vertraut. Deshalb haben sie freie Liquidität nicht mehr anderen Banken angeboten, was bis dahin üblich war. Für eine Bank wie die HSH eine Katastrophe, weil sie darauf angewiesen ist, sich Geld zu leihen, um es in Produkte umzuwandeln.

Die eigenen Fehler liegen vor allem darin, dass sich die Landesbanken insbesondere in der Übergangsphase zum Ende der Gewährträgerhaftung von Mitte 2001 bis Mitte 2005 mit preiswerter Liquidität geradezu vollgesogen hatten. Für diese Liquidität gab es allerdings im normalen Kreditgeschäft gar nicht genug Nachfrage. Diese Vertriebslücke wurde dann mit den sogenannten Kreditersatzgeschäften geschlossen. Konkret: Ende vergangenen Jahres betrug die Haftung allein aus der Zeit vor Mitte 2005 – also im Wesentlichen vor unserer Regierungsübernahme Ende April 2005 – mehr als 60 Milliarden Euro; als gesamtschuldnerische Bürgschaftssumme! Unglaublich, was die rot-grünen Finanzspezialisten, als die sie sich heute darstellen, da an Risiken aufgetürmt haben.

Für diese Geschäfte haben sich die Bankmanager vorrangig auf die Qualifizierung von Agenturen verlassen. Für viele dieser Papiere gibt es aber derzeit keinen Käufermarkt. Ob, in welchem Umfang und Zeitraum sich der erholt, kann heute niemand verlässlich sagen. Das bedeutet, dass heute auch niemand konkret sagen kann, in welchem Umfang die inzwischen vorgenommenen Wertberichtigungen möglicherweise wieder aufgeholt werden können.

Das eigentliche Problem haben wir jetzt - mit verstärkter Tendenz seit dem Frühjahr 2009: Eine ebenfalls weltweit wirkende Wirtschaftskrise, die Deutschland besonders in seinen exportstarken, aber eben auch exportabhängigen Industrien trifft - im Maschinenbau und in der Automobilindustrie. Niemals in der Geschichte unseres Landes gab es einen derart dramatischen Rückgang in der Wirtschaft hinsichtlich Dimension und Geschwindigkeit. Das bedeutet, dass die Unternehmen und Betriebe wegen vorübergehend rückläufiger Umsätze ihre laufenden Kredite nicht vollständig bedienen können. Die betroffenen Unternehmen und ihre Banken müssen hier dafür sorgen, dass die im Prinzip gesunden Unternehmen und ihre Banken diese Krise gemeinsam überstehen. Also werden Kredite gestreckt, Tilgung und teilweise auch Zinsleistungen ausgesetzt. Das bedeutet für die Banken eine deutlich erhöhte Risikovorsorge, die in der Gewinn- und Verlustrechnung aufgefangen werden muss und eine höhere Unterlegung dieser möglicherweise gefährdeten Kredite mit Eigenkapital.

Inzwischen treffen uns alle drei Faktoren gleichzeitig: Die internationale Finanzmarktkrise, Managementfehler und die Krise der Realwirtschaft. Deshalb hilft der Staat mit der Änderung der entsprechenden Regelwerke, aber auch mit Garantie- und Kapitalmaßnahmen sowie inzwischen auch mit erheblichen steuerlichen Entlastungen und mit Konjunktur unterstützenden Investitionshilfen in Milliardenhöhe.

Glauben sie, dass das Problem damit ausgestanden ist?

Rainer Wiegard: Es gibt leichte Anzeichen dafür, dass die Wirtschaftskrise ihren Tiefpunkt schneller als noch vor Monaten erwartet überwinden wird. Wir haben bislang mit einer Erholung nicht vor dem zweiten Halbjahr 2010 gerechnet. Hier muss sich zeigen, wie die Weltwirtschaft sich entwickelt und wie die nationalen Konjunkturmaßnahmen ihre Wirkung entfalten. Zur Vermeidung künftiger Finanzmarktkrisen sind allerdings - sowohl international als auch auf europäischer Ebene und in Deutschland selbst - noch eine Reihe von Vorsorgemaßnahmen insbesondere in der Finanzaufsicht zu erledigen. Die Banken - für uns natürlich die HSH - sind mit Hochdruck dabei, die erkannten Fehler und Mängel im Management abzustellen, um künftig auf ähnliche Entwicklungen angemessen reagieren zu können. Dazu gehört vor allem auch die Reduzierung der geschäftlichen Aktivitäten, die deutliche Verkleinerung der Bilanzsummen und der darin enthaltenen Risiken.

Der Landtag hat eine sogenannte „Schuldenbremse“ beschlossen. Worum handelt es sich dabei und warum sollte das Thema insbesondere die junge Generation interessieren?

Rainer Wiegard: Die Vorgängerregierungen haben uns einen Schuldenberg hinterlassen, mit dessen Folgen - nämlich der daraus resultierenden Zins- und Zahllast - wir nicht mehr fertig werden. Im vergangenen Jahr musste Schleswig-Holstein fast eine Milliarde Euro aufwenden, um die Zinsen für die Altschulden der Vorgängerregierung zu bezahlen. Und dazu kommt noch eine weitere Milliarde Euro Pensionsleistungen für nicht mehr aktive Beamte. Also zwei Milliarden von den sieben Milliarden Euro unserer Einnahmen mussten wir allein zur Bezahlung von Vergangenheit aufwenden, knapp 30 Prozent. Dieses Geld wurde nicht für die Zukunft ausgegeben. Nicht für Kinder, nicht für Familien, nicht für Bildung, nicht für die Verbesserung der Infrastruktur, um daraus künftigen Nutzen zu ziehen. Damit muss Schluss sein. Und deswegen ist das auch ein so wichtiges Thema für die junge Generation. Denn die heutigen Kinder und Enkel müssen die Schulden samt Zinsen bezahlen. Ich möchte, dass künftige Steuereinnahmen nicht nur für Altschulden ausgegeben werden, sondern für zukünftig sinnvolle Aufgaben.

Die SPD behauptet gern, die Schuldengrenze bzw. -bremse sei eine Zukunftsbremse. Das ist falsch. Denn nicht das künftige Verbot, immer wieder neue Schulden auf die bestehenden draufzupacken, treibt uns in den Ruin, sondern die Summe der Schulden und deren Folgen haben uns der eigenen Handlungsmöglichkeiten beraubt. Rot-Grün hat in ihrer Regierungszeit ständig neue Kreditverträge unterschrieben. Das nimmt den künftigen Generationen jeden Handlungsspielraum.

Warum braucht Schleswig-Holstein eine Landesregierung unter der Führung von Peter-Harry Carstensen?

Rainer Wiegard: Weil nur eine starke bürgerliche Mehrheit den eingeleiteten Konsolidierungskurs fortsetzen kann und unserer Land voranbringt. Rot-Grün haben in der Vergangenheit bewiesen, dass sie zwar vollmundige Versprechungen machen und immer höhere Schulden auftürmen können. Nur mit der CDU hat unser Land eine Zukunft. Mit der SPD wird es weiterhin einen stetigen Anstieg der Schulden geben, ohne dass auch nur ein Gedanke an deren Senkung verschwendet wird.

Was haben Sie für Pläne um Schleswig-Holstein zu entschulden?

Rainer Wiegard: Der eingeschlagene Konsolidierungskurs muss nach Überwindung der Krisen konsequent fortgesetzt werden. Dazu gehört auch, dass die zusätzlichen Zinsen, die wir für die notwendige Erhöhung der Kreditaufnahme in den Jahren 2009 und 2010 benötigen, in den laufenden Haushalten erwirtschaftet werden. Außerdem sollen diese zusätzlichen Kredite nach einem Tilgungsplan vorzeitig wieder zurückgeführt werden. Wir werden, konsequenter als dies in der großen Koalition möglich war, bei Bürokratieabbau und Verwaltungsmodernisierung einen Zahn zulegen. Wir werden bisher vom Land wahrgenommene Aufgaben streichen müssen und bis 2020 rund 4.800 Stellen abbauen. Nur so kommen wir zu langfristigen Einsparungen.

Parallel dazu müssen wir die drängenden Aufgaben anpacken, unsere Infrastruktur ausbauen, aus der wir künftigen Nutzen in Form von Arbeitsplätzen ziehen wollen und wir müssen unseren Kindern mehr bessere Bildung vermitteln, um ihnen die besten Chancen im Wettbewerb um die besten Jobs zu ermöglichen.

Feedback aus den USA

Als erstes würde ich sagen das, dass immer von einem selbst abhängt, das ist eine Entscheidung jedes einzelnen. Ich hatte schon vor ins Ausland zu gehen als ich zwölf war. und glaube das es für mich persönlich perfekt war. Anfangs war es nicht ganz einfach, obwohl ich schon auf dem Flughafen in Rome, Georgia herzlich begrüßt worden bin. Trotzdem wurde das Heimweh nach ein paar Wochen Schule immer größer., Damals habe sogar Zuhause angerufen und gesagt, dass ich ganz dringend nach Zurück fahren müsse. Freunde waren mir aber eine große Hilfe. Sobald man sich richtig eingelebt hat wird alles gut. Meine Eltern haben mir damals gesagt ich sollte einfach weiter machen und das es dann schon klappen würde. hat es dann auch! Wenn ich jetzt zurückblicke, bin ich im Ausland erwachsener geworden, selbstbewusster. Dadurch, dass ich die meisten wichtigen Entscheidungen selber treffen musste. Mein Englisch ist dabei natürlich auch viel besser geworden Nach zehn Monaten, in denen ich fast nur Englisch gesprochen habe, beherrsche ich die Sprache inzwischen ausgezeichnet (auch habe ich mit den wenigen Deutschen fast nur Englisch gesprochen um nicht unfair den Amerikanern und anderen Ausländern gegenüber zu sein) Ich kann ein Jahr im Ausland jedem nur empfehlen! Erkundigen Dich doch einfach mal es muss ja nicht unbedingt nur Amerika sein, denn die Welt da draußen ist groß und es gibt sehr viel zu entdecken.

Jana Hengstler

UNSERE LANDTAGS KANDIDATEN

Durch den Bruch der Großen Koalition in Kiel haben wir ja jetzt überraschenderweise auch eine Landtagswahl am 27. September.

Mit den ehemaligen JUlern Tobias Koch (ehemals JU Ortsvorsitzender in Trittau und Kreisschatzmeister der JU Stormarn) und unserem Ehrenvorsitzenden Mark-Oliver Potzahr treten zwei der JUNGEN UNION Stormarn ganz besonders verbundene Kandidaten an. Der dritte im Bunde ist ein Schwergewicht der Schleswig-Holsteinischen Landespolitik: Unser Finanzminister Rainer Wiegard.

Der Süden des Kreises (Reinbek, Glinde, Oststeinbek und Barsbüttel) gehört zum Wahlkreis „Reinbek“. Hier kandidiert Mark-Oliver Potzahr.

Ahrensburg, Großhansdorf, Ammersbek und die Ämter Trittau und Siek werden in Kiel von Tobias Koch vertre-

ten (Wahlkreis „Ahrensburg“).

Der restliche Teil Stormarns gehört zum Wahlkreis „Stormarn“. Hier tritt unser Finanzminister Rainer Wiegard an. Ihn kennt ihr ja jetzt bereits aus dem lesenswerten Interview auf Seite 15.

Drei gute Kandidaten – zwei Finanzpolitiker und ein Bildungspolitiker möchten Stormarn im nächsten Landtag vertreten.

Christopher Voigt

TOBIAS KOCH

Bei der letzten Landtagswahl schickte die CDU Stormarn mit meiner Person einen jungen Kandidaten im Alter von damals 31 Jahren ins Rennen. Diese Entscheidung wurde von den Bürgerinnen und Bürgern mit 46,4% der abgegebenen Erststimmen honoriert. So wurde ich der zweitjüngste Abgeordnete dieser Wahlperiode im Kieler Landtag. Übrigens stammen die drei jüngsten Abgeordneten alle von der CDU.

Die Themen, die uns in dieser Wahlperiode ganz besonders im Landtag beschäftigt haben, sind zudem gerade für junge Menschen von Bedeutung. Das ist zum einen die Bildungspolitik und zum anderen die Finanzpolitik. Das neue Schulgesetz war leider aufgrund der mit der SPD geschlossenen Kompromisse nicht der eigentlich notwendige große Wurf. Jetzt geht es vor allem darum, durch eine ausreichende Lehrerversorgung, einen Ausbau von Ganztagschulen und den Erhalt von selbständigen Gymnasien allen Schülern bestmögliche Bildungschancen zukommen zu lassen. Als junger Familienvater mit zwei kleinen Kindern kann ich diese Probleme sicherlich besser nachvollziehen und verstehen, als manch älterer Kollege im Landtag.

Auch die Finanzpolitik, mit der ich mich als Diplom-Kaufmann und gelernter Bankkaufmann hauptsächlich beschäftige, betrifft ganz besonders die junge Generation. Eine ausufernde Staatsverschuldung bedeutet nichts anderes, als dass zukünftige Generationen diesen Schuldenberg mit Zins und Zinseszinsen zurückzahlen müssen. Jungen Menschen wird damit schon heute die Zukunft verbaut. Wir brauchen deshalb eine nachhaltige Finanzpolitik, die in normalen Zeiten nicht mehr Geld ausgibt als einnimmt. Kredite in Krisenzeiten müssen mit einem festen Tilgungsplan innerhalb der nächsten Jahre zurückgezahlt werden. Ein großer Erfolg dieser Wahlperiode war deshalb die Verankerung einer Schuldenbremse im Grundgesetz. Leider war die SPD nicht bereit, eine entsprechende Regelung auch in die Schleswig-Holsteinische Landesverfassung aufzunehmen.

Mit der jetzt erfolgten Auflösung des Landtages war leider viel Streit und Konfrontation verbunden, die der allgemeinen Politikverdrossenheit sicherlich weitere



Nahrung gegeben haben. Dabei darf man allerdings nicht übersehen, dass SPD-Chef Stegner schon die ganzen letzten Jahre immer wieder für Provokationen und Auseinandersetzungen innerhalb der Koalition gesorgt hatte. Angesichts der derzeitigen Wirtschaftskrise wäre ein weiterer Stillstand und Dauerstreit zwischen CDU und SPD für unser Land unverantwortlich gewesen. Die Entscheidung für vorgezogene Neuwahlen war deshalb richtig und wurde mit Ausnahme der SPD von allen Fraktionen unterstützt.

In dem jetzt vor uns liegenden Wahlkampf wollen wir für unsere Positionen beim Wähler werben, um dann im Herbst eine neue, stabile Regierung bilden zu können. Wir setzen dabei auf eine Mehrheit aus CDU und FDP, denn eine bürgerliche Koalition kann unser Land in diesen schwierigen Zeiten am besten auf den richtigen Kurs steuern.

MARK-OLIVER POTZAHN

Bei der Landtagswahl am 27.9. trete ich zum ersten Mal als Direktkandidat im Wahlkreis 34 an. Direktkandidat bedeutet, dass ich nur in diesem Wahlkreis, der die Gemeinden Barsbüttel, Glinde, Oststeinbek und Reinbek umfasst, mit der Erststimme gewählt werden kann. Gewählt ist derjenige, der die meisten abgegebenen Stimmen erhält.

Kurz ein paar Angaben zu meiner Person. Ich wohne mit Unterbrechungen seit meinem 6. Lebensjahr in Reinbek-Neuschönningstedt. Abitur habe ich am Reinbeker Sachsenwaldgymnasium gemacht und dabei erste Erfahrungen mit politischer Diskussion und politischem Engagement gesammelt. Bereits 1987 bin ich in die JU eingetreten. Mein Hauptmotiv für JU und CDU klingt heute sehr altmodisch: Ich wollte die deutsche Einheit und nur die CDU stand damals eindeutig hinter dieser Forderung. Von 1994 bis 1997 war ich als Kreisvorsitzender der JU Stormarn aktiv. Bereits damals habe ich mich für ein leistungsfähiges Bildungssystem eingesetzt. Hier sehr ich in den nächsten Jahren weiterhin große Herausforderungen, bei denen es um weit mehr als nur die Diskussion um Schulformen geht.

Seit 1998 engagiere ich mich in der Kommunalpolitik vor Ort. In meiner Heimatstadt Reinbek arbeite ich mit einigen Unterbrechungen im Schul- und Sozialausschuss mit, derzeit als stellvertretender Ausschussvorsitzender. Gleichzeitig bin ich seit 1998 Abgeordneter des Stormarner Kreistages, seit 2000 stellvertretender Fraktionsvorsitzender und seit 2003 Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses. Ich setze mich dort für eine bessere Versorgung mit Betreuungsmöglichkeiten für Kinder ein.

Hier hat sich in den letzten Jahren vieles zum Positiven entwickelt. Dieser Prozess muss und wird weitergehen, insbesondere was die Betreuung der unter 3-jährigen angeht. Die CDU hat sich landesweit für das kostenlose letzte Kindergartenjahr vor der Einschulung eingesetzt und dieses eingeführt. Jugendpolitik steht aber wie viele andere Bereiche stark unter dem Druck verfügbarer Finanzmittel. Ich habe früh in der Kommunalpolitik gelernt, dass nicht alles, was einem gut und sinnvoll erscheint, auch finanzierbar ist. Deswegen habe ich mir ein gesundes Misstrauen gegenüber Menschen angewöhnt, die alles mögliche fordern, ohne deutlich zu machen, woher das Geld dafür kommen soll. Insbesondere deswegen, weil gerade wer sich für junge Menschen engagiert schnell merkt, dass man langfristig denken



muss. Deswegen halte ich es schlichtweg für pervers, mit immer mehr Schulden gerade dieser jungen Generation jegliche Spielräume in der Zukunft zu verbauen.

Meine Erfahrungen in der Kommunalpolitik möchte ich in den Kieler Landtag einbringen. Nicht zuletzt, weil ich erfahren habe, wie abhängig Kommunen von Gesetzgebung und finanziellen Weichenstellungen im Land sind.

Was macht ein Kommunalpolitiker, wenn er sich gerade nicht mit den Herausforderungen vor Ort beschäftigt? Ich arbeite seit 2000 bei einem großen Mineralölkonzern in Hamburg. In meiner Freizeit gehe ich gerne ins Theater, am liebsten ins Kabarett, höre Musik oder lese ein Buch, bevorzugt Krimis.

Für die Landtagswahl wünsche ich mir Unterstützung und die nötigen Stimmen, um direkt in den Landtag gewählt zu werden. Für die Zeit danach hoffe ich, meine Ideen und Vorstellungen auch umsetzen zu können.

A T T O M

Warum Deutschland derzeit die Kernkraft noch braucht

Wenn man über Energieversorgung in Deutschland spricht, dann kommt das Thema relativ schnell auf die Problematik mit der Atomkraft. Das ist auch sicher gerechtfertigt. Ich will nicht verhehlen, dass Endlagerung und zumindest eine potentiell höhere Gefahr nicht zufriedenstellend gelöst sind.

Aber hier verkennt man häufig den Standpunkt der Union. Ich kenne niemanden, der Atomkraftwerke aus grundsätzlichen Überlegungen preist. Aber derzeit sind sie notwendig und genau deswegen ist eine verfrühte Abschaltung auch nicht sinnvoll.

Das Problem der ganzen tollen und neuen Energiewelt, die gerade die Grünen gerne sehen wollen, ist eben das Fehlen der Grundlastfähigkeit. Die Grundlast ist die Netzbelastung, die zu keinem Zeitpunkt unterschritten wird. Und wenn der Wind gerade nicht weht, nutzen die schönsten Windmühlen wenig, genauso wie nachts die Solarzellen ihren Dienst nur in den seltensten Fällen verrichten. Und für neue Wasserkraftwerke gibt es auch kaum noch sinnvolle Bauplätze, so dass diese Möglichkeit ebenfalls ausscheidet.

Wenn man also, wie die Grünen dies gerne tun, die Kernkraft von vornherein verteufelt, würde dies bedeuten, dass noch stärker auf Kohle gesetzt wird, als bisher. Und das kann nun wirklich nicht Sinn der Sache sein, wenn man halbwegs glaubwürdig für den Umweltschutz und damit auch CO²-Reduktion eintreten will.

Um es nochmal deutlich zu machen: Ich halte Kernkraft nicht für das Optimum. Sobald Alternativen vorhanden sind – und damit meine ich echte Alternativen, die verlässlich und kostengünstig sind – sollten die verbleibenden Kernkraftwerke abgeschaltet werden. Solche Alternativen dürfen aber nicht in Auswüchsen von Ökodiktatur wie in Hessen gesehen werden, wo findige Grüne auf die Idee gekommen sind, durch Verordnung Bürger zu zwingen, Solarzellen auf eigene Kosten zu installieren.

Großflächige Projekte wie in der Sahara sind sicher ein Schritt in die richtige Richtung. Aber wie bei vielen neuen Ansätzen sollte man nicht zu jedes Augenmaß verlieren. Bis der erste Strom aus Afrika Richtung Deutschland fließt, wird es noch eine Weile dauern.

Auch darf man sicher nicht vergessen, dass in der Sahararegion nicht gerade stabilste politische Verhältnisse vorherrschen. Zu argumentieren, dass man sich nicht dauerhaft von Energieexporten aus Rußland abhängig machen will und dann singulär auf ein Projekt in der Sahara setzt, vermag nicht zu überzeugen.

Vor diesem Hintergrund kann es nur bedeuten, dass wir unsere Atomkraftwerke weiter betreiben unter anspruchsvoller Aufsicht und gleichzeitig weiter an den regenerativen Energien forschen. Ein guter Energiemix ist für Deutschland bis auf Weiteres das Vernünftigste!

Patrick Ziebke

Foto von Heinz-Josef Lücking



Foto von Heinz-Josef Lücking

Ich wurde letztes Wochenende angerufen und gefragt: „Kannst du einen Artikel über Energie schreiben?“ Wenn man bedenkt, dass ich bei den Grünen bin, ist zu dem Thema wohl schon alles gesagt. Atomkraft ist gefährlich und überflüssig, am besten sollten wir alle Solaranlagen auf unseren Dächern haben. Aber so einfach wollte Alex es mir nicht machen. Das Thema Energie ist umfangreicher. Eine hübsche Steilvorlage hat mir natürlich Vattenfall geliefert. Ein Konzern, der es nicht schafft, ein Atomkraftwerk nach zwei Jahren Stillstand länger als 3 Wochen am laufen zu halten und dann auch noch versucht, die Vorgänge zu vertuschen. Ich kann es mit bestem Willen nicht nachvollziehen, wie unsere Christ-Demokraten ohne mit der Wimper zu zucken mit längeren Laufzeiten Werbung machen. Von mir aus die neueren AKWs länger laufen lassen und dann die alten abschalten, aber so ist es einfach unbegreiflich.

Sogar Otto-Normal-Verbraucher hat gemerkt, dass da was nicht stimmt. Nach dem Bekanntwerden der letzten Panne sind die Kunden haufenweise weggelaufen. Am Besten war danach die Reaktion von Wolfgang Clement, ehemals SPD. Er warnte seine ehemalige Partei vor einem Wahlkampf über Energien, insbesondere Atomkraft. Seit über 20 Jahren ist genau das Thema eine der Grundsäulen der grünen Politik und selten waren sie damit so erfolgreich. Zurück zur Energie. Wie schon am Anfang erwähnt, es gibt noch mehr als Atomkraft.

Neue Lösungen

Vor ein paar Wochen haben ein paar Freunde und ich ein Referat über Sonnenenergie gehalten. Dabei ha-

ben wir das Desertec Projekt angeschnitten. Ich habe das erste Mal im Januar davon gehört und war sofort begeistert: Einige Konzerne wollen in der Sahara Solaranlagen errichten und mit der gewonnenen Energie könnte Europa zu einem Großteil versorgt werden. Zur Zeit schwebt das Projekt noch in den Köpfen von Konzernbossen, Wissenschaftlern und einigen Grünen, wenn es aber irgendwann entsteht, hätte es wohl einige Auswirkungen auf den Energiemarkt. Strom würde billig werden, da könnten selbst Atomkraftwerke nicht mithalten. Wir wären von Gazprom und Ähnlichem unabhängig, was gerade in Zeiten wie diesen sehr wichtig ist. Und Kohlekraftwerke bräuchten wir dann erst recht nicht mehr.

Wie wir alle wissen, sind irgendwann sämtliche Ölvorräte verbraucht, es gibt kein Benzin mehr und Autos können nicht mehr fahren. Was gibt es an Alternativen? Elektroautos. Wenn die letzten Probleme gelöst sind, bräuchten wir auch kein Benzin mehr. Bis dahin sind wir allerdings noch von Russland und von den Golfstaaten abhängig. Bis dahin werden die USA weiterhin nur in Staaten eingreifen, die genug Rohstoffe besitzen.

Und ein letztes Problem möchte ich noch ansprechen. „E wie einfach“, „Yellow-Strom“, „RWE“ oder „Vattenfall“. Man könnte diese Reihe beliebig fortsetzen und doch hat man nur eine begrenzte Auswahl. Illegale Preisabsprachen, nicht nur zwischen deutschen, sondern auch zwischen deutschen und französischen Unternehmen verhindern einen Wettbewerb und somit billigere Preise.

*Niklas Melzer,
Mitglied der Jungen Grünen Reinbek*

Neue Energien sind die Lösung

WINN

Immer weniger engagieren sich

Jede Schule sollte es haben - fast jede Schule hat es. Die Schülerversammlung - kurz: SV - ist das Ohr und die Stimme der Schülerschaft.

Demokratisch gewählt ist die Schülerversammlung die erste Möglichkeit eines Jugendlichen, ein bisschen Politik zu

in der SV, sondern bei der Kirche oder im Sportverein. Um diesen negativen Trend aufzuhalten, hat schon mein

Schüler in der SV zu engagieren.

schnuppern. Doch viele Schüler sehen die Chancen und Möglichkeiten einer SV nicht. Ein Autor bei "Stupedia.de" schrieb: "Klassensprecher sind - genauso wie Stufensprecher - faule Leute, die ab und an vom Unterricht befreit werden, um an Versammlungen teilzunehmen."

Leider scheint diese Meinung bei den Schülern weit verbreitet zu sein. Einer meiner Mitschüler sagte mir neulich: "In der SV sind sowieso nur Streber und



Jakob Pape (15) ist seit diesem Jahr aktives Mitglied in der Jungen Union. Der Großhansdorfer ist außerdem Schülersprecher am Emil von Behring Gymnasium.

Vielleicht ist es auch einfach so, dass viele noch verstehen müssen, warum sich Aktivität in der SV auszahlt. Es lohnt sich aber für jeden in der SV mitzumachen. Es macht Spaß wenn man sieht wie die Mitschüler zufrieden mit dem Erreichten sind. Als Vertreter der SV kann man sehr viele interessante Leute treffen. Man kann Einfluss nehmen, Dinge verändern und viel erreichen.

"Opfer"! "- Kein Wunder, dass da bei den meisten Mitgliedern der SV keine große Motivation besteht, etwas zu organisieren oder zu tun. Derselbe Schüler fragte übrigens zwei Wochen später, ob ich nicht ein Fußballturnier für unseren Jahrgang organisieren könnte. Es wundert mich deshalb auch nicht, dass in der gesamten SV meiner Schule im letzten Schuljahr gerade mal acht Schüler bereit waren, sich einzubringen. Bei fast 1000 Schülern sind das nicht einmal 1%.

Es ist nicht so, dass auf meiner Schule wenig engagierte Schüler wären. Viele sind sozial engagiert, aber eben nicht

Vorgänger die Stufen-Übergreifende-Versammlung - kurz SÜV - ins Leben gerufen. Eine SÜV besteht immer aus 2 Jahrgängen - also aus den Klassensprechern der Klassen 5+6 bzw. 7+8, 9+10 sowie der Oberstufe. Die SÜV'n sind im besonderen für die 5. und 6. Klassen wichtig. Den in der SV werden die "Kleinen" gerne übergangen und belächelt. In der SÜV haben die Klassensprecher nun die Chance, für ihre Alterstufe Dinge zu organisieren und die Probleme ihrer Alterstufe zu klären. Die SÜV ist sozusagen eine SV im kleineren Format. Ob dieses Konzept wirklich greift, werden wir nächstes Jahr sehen - vielleicht sind es dann ja ein paar mehr Schüler, die Lust haben sich für andere

Die Verantwortung die man übernimmt bringt auch viele Vorteile. Man lernt Veranstaltungen und sich selber zu organisieren. Ausserdem hört die SV ja nicht in der Schule auf. Man wird ins Rathaus eingeladen, kann an dem LSP (Landes-Schüler-Parlament) teilnehmen und dort an interessanten Diskussionen teilnehmen. Alles in allem zahlt sich Engagement aus.

Jakob Pape

Verkauf · Vermietung

Ihr Makler vor Ort

Wir vermitteln für Sie:

Einfamilienhäuser · Doppel- und Reihenhäuser · Eigentumswohnungen
Mietwohnungen · Grundstücke · gewerbliche Objekte

Rufen Sie uns an!



WARUM FDP

NICHT!

Bei den letzten Wahlen, seit der Bundestagswahl 2005 schon erkennbar, gewinnt die FDP massiv an Stimmenanteilen. Diese Entwicklung ist komplett konträr zu dem was noch vor zehn bis 15 Jahren diskutiert wurde.

Bei den letzten Wahlen, seit der Bundestagswahl 2005 schon erkennbar, gewinnt die FDP massiv an Stimmenanteilen. Diese Entwicklung ist komplett konträr zu dem, was noch vor zehn bis 15 Jahren diskutiert wurde. Damals war die FDP nur noch in wenigen Landtagen vertreten. Bei vielen Wahlen war es oft die CDU, die sich bitterlich über die Schwäche der FDP beklagte. Einige Regierungswechsel kamen nicht zustande, weil die FDP so schwach abschnitt.

Heute kann man sich das kaum vorstellen, so scheinen doch die Ergebnisse von 10 bis 15 Prozent für die FDP wie in Stein gemeißelt. Warum ist das so, warum erlebt diese Partei eine scheinbare Wiederbelebung, die Ihr zwar vor zehn Jahren keiner zugetraut, heute aber fast für selbstverständlich genommen wird?

Interessant ist es, wenn man sich die neuen Wählerschichten anschaut, die die FDP wählen, oder angeben sich für sie zu interessieren. Dies ist neben der klassischen Klientel der Besserverdienenden und Bessergebildeten auch eine breite Gruppe an jungen Männern, die aus fast allen Schichten kommen.

Was diese Menschen bewegt die FDP zu wählen kann man in einem Satz zusammenfassen: Die FDP ist DIE Oppositionspartei in Deutschland.

Für Ihre Wähler ist Sie die bequemste Variante zu wählen, denn:

- Sie ist nicht radikal, demagogisch, antidemokratisch und selbstentlarvend wie DIE LINKE
- Im Gegensatz zu den GRÜNEN seit gefühlten Ewigkeiten (11 Jahre) nicht mehr an der Macht.
- Keine Regierungspartei wie CDU und SPD

Die FDP zu wählen ist somit am einfachsten, keine der großen Entscheidungen der letzten Jahre trägt den Stempel „FDP“, zumindest nicht im Gefühlsbild Ihrer Wähler. Sie trägt keine Verantwortung im Land wie im



Bund, das führt dazu, dass diese Leute sich in Diskussionsrunden mit Kollegen und Freunden zurücklehnen und sagen „Ich wähle diesmal FDP“, nachdem sie sich über alles und jeden ausgelassen haben. Dieses Phänomen des „Nicht-Verantwortung tragen wollens“ ist ein großes Problem unserer Zeit. In allen Vereinen und Verbänden bleibt die Arbeit an wenigen hängen. Die Leute engagieren sich nur für konkrete Ziele, für längere Zeit übernehmen immer weniger Leute Verantwortung.

Dies gilt für alle Altersgruppen, und nicht, wie viele immer behaupten, nur für die Junge Generation der bis 35 Jährigen.

Der hohe Anteil an jungen Wählern bei der FDP hat zwei Hauptgründe: Erstens versprühen die bekannten Spitzenpolitiker der FDP Frische und Jugendlichkeit (Westerwelle, Koch-Mehrin etc.). Zweitens erinnern sich die meisten nicht an die FDP als Regierungspartei, sie strahlt deswegen etwas Neues, Interessantes aus... „Gebt Ihnen doch auch mal eine Chance“... ist ein vielgesagter Satz.

Doch wofür steht die FDP genau, welche Antworten gibt Sie auf die Probleme unserer Zeit?

Wirtschaft, Finanzen, Soziales

Es wäre interessant gewesen, wenn die letzte Legislaturperiode von FDP und CDU zusammen bestritten worden wäre, im Land wie im Bund. Vermutlich wäre die Stimmenverteilung zwischen CDU und FDP eine ganz andere als jetzt.

Gerne hätte ich gewusst wie die FDP auf die Finanzmarktkrise reagiert hätte, sie, die immer am lautesten das amerikanische Wirtschaftsmodell gefordert hat.

Die FDP hat zwar ein Wahlprogramm für die Bundestagswahl beschlossen, jedoch ist es nur da konkret, wo es um neue Ausgaben für die Bürger geht. Nichts ist gegenfinanziert, in den wenigen halbherzigen Sätzen zum Thema „Schuldenabbau“ verliert man sich in Allgemeinplätzen.

Und selbst wenn es konkret wird, dann fehlt der FDP offensichtlich der Mut zum großen Wurf. Vielleicht wirkt der Schock der letzten Bundestagswahl noch nach, wo mutige Schritte eines Paul Kirchhoffs vom Wähler gnadenlos abgestraft wurden.

Auch wenn es im FDP-Programm Einlassungen zum Thema Soziales gibt, und auch wenn die FDP in einem Abschnitt sich über Klima und Umweltschutz auslässt, so wird man das Gefühl nicht los, dass die FDP vor allem auch deswegen soviel Zuspruch erhält weil Sie eine große Strömung der modernen deutschen Gesellschaft anspricht.

Diese große Strömung ist nicht etwa der so gebranntmarkte „Neoliberalismus“ oder sonst ein linkes Hirngespinnst. Es ist der Egoismus den die FDP mit ihren Konzepten so trefflich bedient. Ein schönes Beispiel ist hier die Wehrpflicht welche die FDP abschaffen will, sie begründet dies faktisch gar nicht, sondern sagt nur sie sei ungerecht weil nicht mehr alle hingehen.

Es schwingt bei diesem Beispiel die Grundeinstellung mit die man der FDP immer latent unterstellen kann: Verantwortung? Engagement für die Allgemeinheit? Fehlanzeige!

Freiheit, Datenschutz, Rechtsstaat

Nahtlos anknüpfen kann man hier auch an das zwei-

te große Thema der Liberalen, die Freiheit. Vehement holzt sie verbal gegen die große Koalition. Sei es wegen der Vorratsdatenspeicherung bei Passagierflügen oder der jüngsten Gesetzesinitiative zur Sperrung von Kinderpornoseiten.

Die Freiheit der Bürger unseres Staates ist ein hohes Gut, doch bedient die FDP auch hier, ob gewollt oder ungewollt, den latenten Egoismus von vielen Bürgern dieses Landes. Klar ist es für einen Nichtterroristen ein unangenehmer Zustand wenn seine Daten gespeichert werden, aber wie fühlt sich derjenige, wenn er weiß, dass durch diese Maßnahme das Leben anderer Menschen geschützt werden konnte.

Und ist es nicht der Gipfel des Egoismus, wenn man sich über „Internetzensur“ aufregt die Kinder vor sexuellem Missbrauch schützen soll? Ich würde auch lieber alle Server abschalten die solche Daten zum runterladen anbieten oder weiterleiten, aber bevor nicht alle Regionen der Welt unseren rechtsstaatlichen Verständnis entsprechen, wird diese Lösung die Einzige sein.

Frei bedeutet nicht frei von Verantwortung

Doch die FDP verkennt, dass die Freiheit auch Pflichten mit sich bringt. Man kann nicht in einem Land frei, demokratisch, wohlhabend und sicher sein, ohne etwas dafür zu tun. Und damit meine ich nicht nur einen angemessenen Steuersatz zu zahlen und an Wahlen teilzunehmen. Ehrenamtliches Engagement, Wehrdienst oder Ersatzdienst, politisches Engagement, soziale Verantwortung, wer all dies nicht wahrnimmt darf sich auch über den Zustand dieses Landes nicht beschweren, der verwirkt seine Glaubwürdigkeit.

„Des Freiesten Freiheit ist Recht zu tun“; das wusste schon Goethe. Und so weigere ich mich den Freiheitsbegriff der FDP für ausgewogen zu halten.

Es ist bezeichnend, dass die FDP keine konkreten Aussagen zur Prävention einer neuerlichen Finanzkrise in der Zukunft parat hat, und das sie, wie zur Entschuldigung, noch den Absatz Terrorismusbekämpfung angefügt hat. Dies alles lässt den Schluss zu, die FDP ist und bleibt nicht die kleinste der drei Volksparteien, für die sich selbst hält, sondern eine Klientelpartei die zum Glück noch nie alleine regiert hat.

Trotz aller Sympathie für diese alte demokratische Partei, mit ihren guten Ansätzen in vielen Fragen, bleibt sie für mich unwählbar.

Matthias Nordmann

Die Schuldenbremse – Nachhaltigkeitsretter oder Wachstumshemmer?

BREMSCHULDEN

Man könnte sagen, die Große Koalition hat doch noch, neben einigen anderen wirksamen Impulsen, wirklich etwas Großes erreicht, was kleinere Koalitionen nur schwer bewerkstelligt hätten.

Zwei Jahre haben die Diskussionen angedauert, seit kurzem gibt es sie nun, eine tatsächlich wirksame Schuldenbremse, nachdem erst der Bundestag und am 12. Juni 2009 auch der Bundesrat jeweils mit Zweidrittelmehrheit zugestimmt haben. Nach Inkrafttreten der Schuldenbremse ist dann im Grundgesetz festgeschrie-

vereinzelt auch aus der CDU.

Obwohl die Schuldenbremse mit einer satten Zweidrittelmehrheit im Bundestag bzw. im Bundesrat verabschiedet wurde, wird die Gesetzgebung, die eine strengere Schuldenbegrenzung ermöglichen soll, nun als politische Fehlentscheidung und Wachstumshemmer für die deutsche Wirtschaft bezeichnet.

Unbestritten ist unter den meisten politischen Parteien und Politikern in Deutschland, dass Deutschland durch die Staatsverschuldung stark belastet wird und manche Länder und Kommunen zeitweise nur noch in einer Haushaltsnotlage regiert werden können. Eindeutig ist auch, dass der Schuldendienst der Bundesrepublik

ben, dass ab dem Jahr 2016 es zunächst dem Bund nicht mehr möglich sein wird, mehr als 0,35% des Bruttoinlandsprodukts an neuen Schulden pro Jahr aufzunehmen. Für die Bundesländer gilt ab dem Jahr 2020 sogar ein generelles Schuldenverbot. Ausnahmen sollen ab dem Jahr 2016 bzw. 2020 nur noch in absoluten Notsituationen wie z. B. bei Naturkatastrophen oder bei wirtschaftlichen Rezessionen wie der derzeitigen möglich sein. Allerdings müssen in diesem Fall parallel zur überhöhten Schuldenaufnahme Tilgungspläne zur Bewältigung der zusätzlich anfallenden Schulden aufgestellt werden.

So weit, so gut, könnte man sagen, wären da nicht ziemliche kritische Reaktionen gewerkschaftsnaher Ökonomen sowie auch von namhaften Politikern, besonders lautstark aus der SPD und der Linkspartei, aber

nach den Sozialausgaben den zweithöchsten Etatposten im Bundeshaushalt ausmacht und damit die Steuereinnahmen zu einem erheblichen Teil auffrisst.

Nicht zuletzt ist sich der überwältigende Teil der Öffentlichkeit darüber im Klaren, dass die Schulden, die heutzutage gemacht werden, von zukünftigen Generationen zurückgezahlt werden müssen.

Hauptargument der Kritiker der Schuldenbremse ist allerdings, dass mit der strengeren Schuldengrenze zukünftige Investitionen in die Bildung oder in die Infrastruktur schlichtweg verhindert würden und damit wirtschaftliches Wachstum in Deutschland gehemmt werden würde.

JU Werkstatt

An jedem 4. Donnerstag im Monat veranstaltet die JU Glinde/Oststeinbek ein Seminar zur persönlichen Schulung oder mit einem politischen Thema. Zu diesen Weiterbildungsabenden sind sowohl Mitglieder, als auch Gäste herzlich eingeladen. Auf der Homepage www.ju-glinde.de kann man sich die Termine und Themen noch einmal genauer ansehen.

Björn Wagner

Die Argumentation klingt auf den ersten Blick zwar plausibel, kann aber einer intensiveren Auseinandersetzung mit ihr nicht standhalten.

Selbst mit einer Höchstneuverschuldung pro Jahr von 0,35% des Bruttoinlandsproduktes wäre immer noch eine Schuldenaufnahme von neun Milliarden Euro (Stand: 2009) möglich. Mit neun Milliarden Euro könnte die Fehmarnbeltquerung locker finanziert, fast der gesamte Bildungs- und Forschungsetat Deutschlands pro Jahr bestritten oder auch etliche Kilometer Autobahn neu gebaut werden. Die Aussagen dieses Aufsatzes zum Bundesetat 2009 können übrigens über die Webseite www.bundesregierung.de nachvollzogen werden.

Mitnichten ist es so, dass die Schuldenaufnahme in den letzten Jahren stets in ihrer Höhe nur für Investitionen ausgegeben worden wäre. Stattdessen wurden eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts festgestellt oder nicht verfassungskonforme Haushalte verabschiedet, um eine Neuverschuldung, die höher als die Investitionsquote lag, durchzusetzen. Auch ist die Zusammenrechnung der Investitionen, um die Höhe der Neuverschuldung rechtfertigen zu können, in den meisten Fällen mehr als fragwürdig gewesen.

Wer nun also argumentiert, die Schuldengrenze würde Investitionen verhindern, der lenkt vom eigentlichen haushaltspolitischen Problem des Bundes und der Bundesländer ab. Es muss endlich ernsthaft damit begonnen werden, die Ausgaben der öffentlichen Hand zu beschneiden. Die öffentliche Hand in Deutschland hat kein Einnahmeproblem sondern ein Ausgabeproblem.

Eine wirklich wirksame Schuldenbremse könnte daher endlich dazu führen, dass die Aufgaben und Ausgaben des Staates auf den Prüfstand kommen, um Gelder für Investitionen in die Bereiche Forschung, Bildung, Energieversorgungssicherheit und Infrastruktur freizumachen.

Es muss endlich damit begonnen werden, auch über die Einführung eines einfacheren Steuersystems, unwirksame Subventionen abzubauen, die Sozialkassen zu sanieren und die derzeitige Aufgabenbewältigung des Staates zu überdenken. Gerade der verheerende Beschluss über die Verlängerung des Arbeitslosengeldes I war auch von Seiten der CDU Bundestagsfraktion eine gravierende Fehlentscheidung.

Die insbesondere von weiten Teilen der CDU forcierte Schuldenbremse ist aber ein Weg in Richtung Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit, weil nun endlich der Druck steigt, die ausufernde Ausgabenpolitik der öffentlichen Hand in Deutschland zu stoppen. Die langfristige Reduzierung des Schuldendienstes durch die Schuldenbremse wird auf längere Sicht daher zusätzliche finanzielle Handlungsspielräume eröffnen. Die Reduzierung der Schuldenquote wird auch ohne eine aktive Rückzahlung von



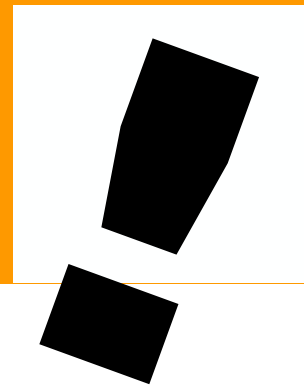
Jan-Oliver Kammesheidt

Jan-Oliver Kammesheidt (28) studiert Wirtschaftsingenieurwesen in Clausthal-Zellerfeld. Neumitglieder kennen den ehemaligen JU-Kreisvorsitzenden von den Grundlagenseminaren.

Schulden durch das normale Wachstum des deutschen Bruttoinlandsproduktes gelingen.

Schaut man sich abschließend die Einstellungen vieler Sozialdemokraten sowohl in Schleswig-Holstein als auch in Berlin an, so ist eines sicher: die CDU meint es mit der Haushaltskonsolidierung trotz einiger Fehlentscheidungen deutlich ernster als die SPD, und ist damit die einzige Partei, die Solidarität mit den schwächeren Mitgliedern unserer Gesellschaft und nachhaltiges Handeln für unser Land in Einklang bringen kann.

Ich kann auch Kanzler



Selten war eine Castingshow so überflüssig wie diese
- meint Patrick Ziebké

Vor einiger Zeit spukte durch das öffentlich-rechtliche Theater des ZDF eine neue Castingshow. Als wären Castingshows auf den privaten Sendern nicht schon schlimm genug, machte diese auch noch den Versuch, Politik auf ein sendefähiges Maß zusammenzudampfen und dem gemeinen Zuschauer vorzugaukeln, mit diesem Format wäre nun der nächste Superpolitiker gefunden. Selten war eine Castingshow so überflüssig wie diese.

Abgesehen davon, dass ich Castingshows ohnehin für ein „Machwerk fürs Mittelmaß“ halte, wird man nicht Kanzler, weil man eine große Vorstellung von der Welt des Morgen hat oder eine nette, kleine Rede schwingen darf.

Ich für meinen Teil möchte die – nicht einmal gewagte – Behauptung aufstellen, dass von denjenigen, die dort teilgenommen haben, niemand Kanzler wird. Nicht heute, nicht morgen und auch in 20 Jahren nicht.

Sichten wir doch mal das Teilnehmerfeld: 2500 Bewerber gab es. Und das bei der ersten Staffel. Castingshows bei den Privaten für allerhand andere Kompetenzen warten da regelmäßig mit Bewerberzahlen zahlen auf, die eine Null am Ende mehr aufweisen. Und dies selbst bei Staffel Elfundneunzig, zumindest drängt sich dieser Eindruck auf.

Mehr als nur ein bisschen reden

Wenn man sich die letzten Kanzler so anschaut – Angela Merkel durch die ostdeutsche Vergangenheit mal ausgenommen – dann waren das allesamt Absolventen der vielgescholtenen „Ochsentour“. Das heißt, sie haben sich ihr politisches Handwerkszeug über Jahre und Jahrzehnte hinweg in politischen Gremien erworben. Angefangen in der JUNGEN UNION über die gängigen Stationen in der Mutterpartei bis irgendwann das erste Mandat auf Landes- oder Bundesebene auf sie wartete. Und zwischen jedem dieser Schritte wartete viel ehrenamtliche Kärnerarbeit auf sie. Das kann man nicht simulieren. Das kann man nur erfahren. Und durchstehen. Und dann am Ende irgendwann dazu in der Lage zu sein, über so etwas wie eine Kanzlerschaft überhaupt nachzudenken.

Das maßgebliche Attribut eines Politikers ist also nicht die glänzende rhetorische Zunge oder das strahlende Grinsen, sondern eine gewisse Leidensfähigkeit. Denn eines sollte klar sein: Nicht jede dieser stundenlangen Sitzungen macht Spaß.

Die Möchtegern-Kanzler aus dem Zweiten haben dagegen das ein oder andere Mal eine kleine Rede geschwungen oder hier und da ein wenig herumpolitisiert. Daraus ernsthaft die Kompetenz für das Kanzleramt abzuleiten, wirkt daher wie ein Ding der Unmöglichkeit.

Diese Show sollte ganz fix aus den Köpfen der Macher in die Keller des Archivs verschwinden. Oder bei einem privaten Sender laufen. Jedenfalls nicht weiter auf dem Zweiten, wo sie mit Geldern der Bürger bezahlt wird.

WIR WOLLEN AUCH!

Die Castingshow „Du kannst Kanzler“ – überflüssig oder wichtig? - Auch Alexander Schröter macht sich einige Gedanken zur Show

Die ZDF Castingshow „Du kannst Kanzler“ wurde viel diskutiert und immer wieder auch kritisiert. Der Vorwurf war unter Anderem, dass sie unrealistisch sei. Dass man einem Kanzler nicht einfach mal in einer Castingshow wählen könne, sondern dass zu diesem Amt mehr dazu gehöre. Insbesondere die in Parteien gemachten Erfahrungen, die man für eine gute politische Arbeit benötigt. Vom Plakatekleben, über das Antragsberaten, die manchmal langen Sitzungen, dem Organisieren von politischen Mehrheiten bis hin zu dem Nervenkitzel bei knappen Wahlen. Die Beschreibung „Ochsentour“ ist nicht falsch, allerdings wird bei dieser Beschreibung häufig vergessen zu erwähnen, dass einem die

Parteiarbeit auch etwas bringt. So wird man mit politischem Wissen konfrontiert, dass man außerhalb von Parteien nur selten vermittelt bekommt. In Antragsberatungen und unzähligen, manchmal sehr kontroversen Diskussionen lernt man frei zu reden, gut zu diskutieren und sich verbal durchzusetzen. In der alltäglichen Parteiarbeit kommt man nicht ohne das Erlernen von Teamwork aus. Angesichts dieser vielen Dinge, die man auf der so genannten „Ochsentour“ durch die Partei kennen lernt, scheint es wirklich so, als ob die Kritik an der Show „Du kannst Kanzler“ berechtigt sei.

Demokratie – das sind wir alle

Aber ist es die Absicht dieser Castingshow den nächsten Bundeskanzler zu finden? Ist die Botschaft dieser Sendung nicht viel wichtiger als die Person die nach-

Alexander Schröter



ist Vorsitzender des Bezirksverbandes Stormarn Süd und studiert Politikwissenschaften

her zum „nächsten Kanzler“ gewählt wird? Dass jeder von uns Bundeskanzler bzw. Kanzlerin werden kann. Dass jeder in diesem Land etwas verändern kann. Und der daraus auch abgeleiteten Verantwortung, dass jede und jeder, wenn er/sie etwas verändern kann, auch dafür mitverantwortlich ist, was aus diesem Land wird. Diese Botschaft ist das Kernstück jeder Demokratie. Nur dann kann es eine lebendige Gesellschaft geben, in der sich nicht jeder um sich selbst kümmert, sondern man zusammen anpackt.

Und hat diese Sendung nicht auch noch eine zweite und nicht weniger urdemokratische Botschaft? Nämlich, dass jeder Bundeskanzler werden könnte.

Dass in Deutschland wirklich jeder Bundeskanzler werden kann. Unser ehemaliger Bundeskanzler Gerhard Schröder, dessen Mutter Putzfrau war und unsere jetzige Bundeskanzlerin Angela Merkel, die aus einem ostdeutschen Pastorenhaushalt kommt und bis zur Wiedervereinigung 1990 keine politischen Erfahrungen gesammelt hatte, haben es gezeigt. In Deutschland ist die Schichtzugehörigkeit nicht entscheidend.

Hier kann Jeder und Jede aufsteigen, die politisch talentiert und engagiert ist.

Diese beiden Botschaften, dass alle Bundeskanzler werden können und dass es auf jeden Einzelnen ankommt, jeder sich engagieren kann und sollte, machen die Show „Du kannst Kanzler“ aus. Wegen dieser Botschaft war die Produktion der Show richtig und wichtig.

ANGELA MERKEL

KURZBIOGRAPHIE

Eigentlich ist Angela Merkel Naturwissenschaftlerin. Politisch interessiert war die Physikerin schon immer, doch erst mit der friedlichen Revolution 1989 begann sie im „Demokratischen Aufbruch“ ihre politische Karriere. Sommersmog.



Torben Ole Hellweg aus Elmenhorst fasst die wesentlichen Stationen von Angela Merkel zusammen. Er ist seit einem halben Jahr Mitglied der JU.

Schon 1990 wurde sie stellvertretende Regierungssprecherin der ersten frei gewählten DDR-Regierung.

Quereinsteigerin

Mit ihrem Eintritt in die CDU im selben Jahr gewann sie ihr erstes Parlamentsmandat im wiedervereinigten Deutschland. Helmut Kohl nahm sich von da an ihrer an und ernannte sie 1991 zur Ministerin für Frauen und Jugend. Zu ihrem Nachlass aus dieser Zeit gehört auch der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz.

Nach der Bundestagswahl 1994 wurde sie Umweltministerin. Von ihr stammt z.B. das Ozongesetz gegen

Nach der verlorenen Bundestagswahl 1998 wählte sie der CDU-Parteitag in Bonn zur Generalsekretärin der Partei. Nach Bekanntwerden der CDU-Spendenaffäre trennte sich Merkel von ihrem Mentor Kohl, um Schaden von der Partei abzuwenden. Dieser Schritt viel ihr nach eigenen Worten sehr schwer. 2000 wurde sie als erste Frau zur CDU-Vorsitzenden gewählt.

Der Weg ins Kanzleramt

Während der Vorbereitung auf die Bundestagswahl 2002 zeichnete sich ein Machtkampf zwischen ihr und dem CSU-Vorsitzenden Edmund Stoiber ab. Merkel überlies Stoiber die Kanzlerkandidatur in dem Wissen, das auch die CDU nicht geschlossen hinter ihr stand und nutzte die Zeit bis zur nächsten Wahl um ihre Position zu festigen.

Bei der vorgezogenen Bundestagswahl 2005 war sie dann die unumstrittenen Kanzlerkandidatin der Union - doch konnte das bürgerliche Lager nicht genug Stimmen für eine Regierung aus FDP und Union aufbringen.

Angela Merkel ist die erste deutsche Bundeskanzlerin, und hat, entgegen der Worte ihres Vorgängers (Schröder: „Sie kann es nicht!“) bewiesen, dass sie dieses Land führen kann. Mit ihren 51 Jahren bei Amtsantritt ist sie außerdem die jüngste Amtsinhaberin und erste Person aus den neuen Ländern, die dieses Amt bekleidet.

Während der letzten vier Jahre hat sich Angela Merkel im In- und Ausland viel Ansehen erworben. Ihr Sachverstand, ihre nüchterne, pragmatische Art, ihr klarer Blick für Probleme und Lösungen – all das hat dafür gesorgt, dass ihr Rat überall gefragt ist. Das US-Magazin „Forbes“ wählte sie wohl auch deshalb ab 2006 mehrfach zur mächtigsten Frau der Welt.

AUSGESPERRT

Künftig keine Schleswig- Holsteiner mehr an Hamburger Schulen?

Ende Juni wurde das Gastschüler-Abkommen zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein zum Ende des Jahres 2009 gekündigt. Falls es kein neues Abkommen gibt, können ab 2010 keine Schleswig- Holsteiner mehr auf Hamburger Schulen angemeldet werden.

lungen Schleswig-Holsteins nicht annähernd gedeckt werden. Nachdem jahrelange Verhandlungen ergebnislos geblieben sind, hat die Stadt Hamburg das Gastschüler-Abkommen gekündigt.

Was ist das Gastschüler-Abkommen?

Das Gastschüler-Abkommen regelt, dass Schleswig-Holsteiner Schüler Hamburger Schulen besuchen dürfen und andersherum. Die Bundesländer bezahlen einander für die Schüler aus dem anderen Bundesland einen Ausgleich. Zurzeit gehen deutlich mehr Schleswig- Holsteiner in Hamburg zur Schule als umgekehrt. Daher zahlt Schleswig- Holstein für seine Schüler jährlich 8,3 Millionen Euro Ausgleich an Hamburg. Die Stadt Hamburg beklagt seit längerem, dass durch die Schleswig- Holsteiner Schüler jährlich 30 Millionen Euro Kosten entstehen, die durch die Ausgleichszah-

Hamburger Schulen wichtig für Stormarn

Hamburg ist die Lebensader der Metropolregion, zu der auch Stormarn gehört. Eine gute Vernetzung mit Hamburg erhöht die Stormarner Lebensqualität und macht den Kreis attraktiver für den Zuzug von jungen Hamburger Familien. Hinzu kommt, dass Hamburg eine Vielzahl von Privatschulen, wie die Rudolf-Steiner-Schulen und verschiedene evangelische und katholische Schulen, aufweist, die für eine lebendige und sich ergänzende Angebotsvielfalt sorgen. Eine Vielfalt, die Schleswig-Holstein so nicht bieten kann und die von vielen Stormarner Schülerinnen und Schülern gerne genutzt wird.

Beratung ist Vertrauenssache

Hubertus von Hülsen
Unternehmensberater
Bargenkoppelredder 27, 22926 Ahrensburg
Tel./Fax: 04102 - 82 45 10 / 11
e-mail: hub@vhuelen.de

Beratung für kleine und mittelständische Unternehmen
Sanierung, Existenzgründungsberatung und -begleitung

TeAM

Du willst das Angela Merkel Bundeskanzlerin bleibt? Dann engagiere Dich bei der Freiwilligenkampagne der CDU!

Warum soll ich im teAM mitmachen?

Mitmachen statt Meckern!

- gemeinsAM für Deutschland – jung und alt, denn wir sind ein teAM!

Politik und Wahlkampf hautnah erleben

- Du kannst eigene Ideen für Aktionen einbringen.
- Du kannst an Veranstaltungen und Aktionen teilnehmen.
- Du erhältst exklusive Informationen.
- Vernetzung mit anderen über die Community auf www.team2009.de
- Werde Teil des größten Unterstützer- teAMs in Deutschland!

Was kostet mich die Mitgliedschaft im teAM Deutschland?

- Nichts! Die Mitgliedschaft ist kostenlos.
- Engagement nach Zeit und Lust
- Unabhängig von einer Parteimitgliedschaft
- Kein Mehraufwand
- Jeder kann sich engagieren, wenn er möchte und es seine Zeit erlaubt
- Schon die reine Anmeldung im teAM (Stichwort Zähler) unterstützt uns

› *werde Mitglied im*



› *auf www.teAM2009.de*

Zu guter Letzt...



Engagement für uns alle. Engagement, um unser Land voranzubringen: Das ist die Arbeit in den politischen Jugendorganisationen und den Parteien. Wie lebendig und breit aufgestellt insbesondere die JUNGE UNION ist zeigt der Wahlkampf immer wieder. Ganz unterschiedliche Typen von Menschen arbeiten zusammen für das gemeinsame Ziel. Die Motivation? Idealismus? Bestimmt. Politik (zumindest mit und in der JUNGEN UNION), macht aber gleichzeitig auch eine Menge Spaß. Wahlkampf ist auch immer ein besonderes Highlight.

Ein Ergebnis dieses Engagements haltet ihr gerade in den Händen.

Mein Dank dafür gilt Hubertus und Johan, die dafür ihren Urlaub verschoben haben (Hubertus) bzw. nach 12 Stunden Arbeitstagen noch so manche Stunde für die Fertigstellung investiert haben (Johan)! Die JUNGE UNION lebt von dem ehrenamtlichen Engagement von Leuten wie Euch.

Engagement für uns alle. Engagement, um unser Land voranzubringen: Das ist die Arbeit in den politischen Jugendorganisationen und den Parteien.

Auch Dir macht layouten Spaß? Es gibt da ein politisches Thema über das Du schon immer mal schreiben wolltest? Dann mach' doch einfach mit! Schreib' einfach eine Email an blickwinkel@ju-stormarn.de - beide sind ständig auf der Suche nach neuen Mitstreitern.

Zurück zum Wahlkampf...

Es mag sein, dass die Wahlen in Land und Bund im Vordergrund der öffentlichen Wahrnehmung stehen werden, aber andere Wahlen beeinflussen unsere Lebenswirklichkeit vielleicht noch viel stärker, als die „große Politik“: Die Rede ist hier von den Bürgermeisterwahlen. Stellvertretend für alle seien hier Jörn Schade (Ahrensburg) und Reinhard Zug (Glinde) genannt.

So oder so gilt: Mach mit! Bringt Dich ein! Äußere Dich zu politischen Themen im Internet, auf den Seiten der großen Nachrichtenportale, aber auch und gerade bei sozialen Netzwerken wie StudiVz/SchülerVz oder Facebook. Mach Straßenwahlkampf, ganz klassisch am Marktstand. Gemeinsam können wir erreichen, dass alle Direktmandate in Stormarn an die CDU gehen! Drei CDUler aus Stormarn nach Kiel, drei nach Berlin, das ist die Devise.

Am 27. September wird gewählt.

P.S. Mit dem Wahlkampf ist das Jahr noch nicht zu Ende. Das traditionelle Lütjensee-Seminar findet vom 13.-15. November statt. Es ist der Höhepunkt des JU-Jahres

JUNGE UNION Stormarn

KONTAKT ZUM VORSTAND

Vorsitzender & Landesvorstand:

Christopher Voigt:

chrisvoigt85@googlemail.com
0160 / 979 19798

Stellvertreter:

Patrick Ziebke:

patrick@ziebke.net
0173 / 239 1576

Lukas Kilian:

lukas.kilian@gmx.de
0176 / 287 15850

Kassenwart:

Sebastian Bünger:

s_buenger@web.de
0171 / 237 6314

Landesvorstand: Patrick Ziebke: s.o.

Beisitzer:

Constantin Magos:

constantin-hh@web.de, 0171 / 929 5425

Malte Steenbeck:

malte_st@yahoo.de, 0171 / 493 8451

Mark Vogelgesang:

ercyglinde@arcor.de, 0163 / 710 3862

Blickwinkel:Johan v. Hülsen:

j.huelsen@gmx.de, 0163 / 808 3450

Hubertus J. Schwarz:

hubertusschwarz@gmx.net, 0171 / 126 0660

Ansprechpartner Sponsoren:

Sebastian Albrecht

sebas.albrecht@web.de, 0174 / 912 4136



Mitglied werden: _____

VORNAME NACHNAME

STRASSE HAUSNUMMER

POSTLEITZAHL ORT

TELEFON MOBIL

MAIL-ADRESSE GEB.-DATUM

UNTERSCHRIFT DATUM



Sei dabei!

Hier treffen sich Jugendliche, die Lust haben etwas zu verändern, denen ihre Zukunft nicht egal ist und die erkannt haben, dass Politik immer Einfluss auf den eigenen Alltag hat. Und es sind Jugendliche, die erkannt haben, dass Politik nicht trocken und öde sein muss, sondern dass Politik mit Gleichgesinnten auch Spaß macht. Wir freuen uns auf Dich!

Mit Deiner Unterschrift bestätigst Du, dass Du Mitglied der JUNGEN UNION STORMARN werden möchtest, kein Mitglied einer anderen Partei oder politischen Jugendorganisation oder der Scientology-Sekte bist. Das erste Mitgliedsjahr in der JUNGEN UNION STORMARN ist beitragsfrei. In den Folgejahren muss ein moderater(!) Mitgliedsbeitrag erhoben werden.

Das ausgefüllte Formular sende bitte an:

Christopher Voigt, c/o Schützenstraße 2, 23843 Bad Oldesloe